

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion  
der Fraktion DIE LINKE  
der CDU-Fraktion  
der FDP-Fraktion  
der Fraktion der BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

**Zur Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
„Steigende Flüchtlingszahlen – Herausforderung für Land und  
Kommunen“ (DS 5/8134)**

### **Das friedliche Zusammenleben fördern – Willkommenskultur in Brandenburg stärken**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Im Jahr 2013 wird Brandenburg voraussichtlich bis zu 3.600 ausländischen Flüchtlingen und Asylsuchenden Schutz und Unterkunft gewähren. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verdopplung und stellt das Land und die aufnehmenden Landkreise und kreisfreien Städte vor große Herausforderungen. Die schwer prognostizierbare Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden erschwert die Bereitstellung von Unterkünften und die Betreuung sowohl in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt als auch in den Kommunen.

Es ist unser humanistisches Grundanliegen, Menschen, die von Krieg, Gewalt und Verfolgung bedroht sind, Schutz und Aufnahme zu gewähren. Das entspricht auch unserem verfassungsrechtlichen Auftrag.

Für die Integration der hier lebenden Flüchtlinge und Asylsuchenden und für ein friedliches Zusammenleben ist das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich.

Die politisch Verantwortlichen stellen sich dieser Aufgabe. Vielerorts werden Flüchtlinge und Asylsuchende offen aufgenommen. Regional Verantwortliche und Ehrenamtliche engagieren sich für eine Willkommenskultur.

Vorbehalte und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sollten ernst genommen und in einem offenen Dialog aufgegriffen werden.

Brandenburg ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land.

Wir unterstützen die Integration der bei uns lebenden Flüchtlinge und Asylsuchenden.

Wir sehen in einem interkulturellen Austausch eine große Chance und Bereicherung.

Wir nehmen nicht hin, wenn die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit Protesten aus offensichtlich rechtsextremen Kreisen verhindert werden soll. Wir wollen das Werte- und Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen stärken, um den Ursachen von Gewalt, Verletzung der Menschenwürde und Extremismus energisch entgegenzutreten.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

- die Kommunen dabei zu unterstützen, möglichst frühzeitig moderierte Informationsveranstaltungen durchzuführen, die weitere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren und verlässliche Ansprechpartner in Orten mit Flüchtlingsunterkünften zu gewährleisten.
- die Einrichtung von lokalen „Runden Tischen“ zur Unterbringung von Flüchtlingen unter Beteiligung von betroffenen Flüchtlingen, bestehenden Integrationsbeiräten, Partnern der Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltungen zu unterstützen und zu fördern.
- die im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ bestehenden Beratungsnetzwerke und Möglichkeiten der mobilen Intervention in Kooperation mit den Kommunen und lokalen Netzwerken konsequent zu nutzen.
- eine Novellierung des Landesaufnahmegesetzes vorzubereiten, so dass neben einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auch eine Wohnungsunterbringung gefördert sowie die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden deutlich verbessert werden kann.
- schnellstmöglich zu prüfen, inwieweit nicht abgerufene Mittel aus dem ESF der Förderperiode 2007-2013 für Maßnahmen der Integration von Flüchtlingen und der Bereitstellung eines qualifizierten Sprachunterrichts genutzt werden können. Sprachförderung von Schulkindern von Flüchtlingen und Asylsuchenden ist verbindlich zu regeln.

Wir rufen alle Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, sich an der Integration der Flüchtlinge, Asylsuchenden aktiv zu beteiligen und sich eindeutig rassistisch motivierten Protestaktionen entgegenzustellen.

Klaus Ness  
für die SPD-Fraktion

Christian Görke  
für die Fraktion DIE LINKE

Dieter Dombrowski  
für die CDU-Fraktion

Andreas Büttner  
für die FDP-Fraktion

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN